

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Derzeitungsgebühren und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Post 2 RM., halbjährlich 10 RM., durch die Post bezogen monatlich 2 RM., (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 15 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Diensttag u. Donnerstags)

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 5. April 1928 Nummer 82

Schluß mit der Niederlagen-Strategie!

Die Metallarbeiterverhandlungen in Berlin gescheitert / Drohende Verbindlichkeitsklärung / Die Gewerkschaftsführer wollen keinen Kampf / Unerhörter Angriff auf die Kriegsbeschädigten / Geplanter Rentenraub

Beschließt den Streit in den Betrieben!

Die Streitsituation in Dresden, Bautzen, Jitschan, Plauen ist unverändert. In Chemnitz streiken 16 Betriebe. Die Zahl der Streikenden am gestrigen Tage war 8000. Weiter nachmittags löste die Belegschaft von Schubert u. Salzer (1000 Mann Belegschaft) den Beschluß, in den Kampf zu treten, so daß nunmehr in Chemnitz 13000 Metallarbeiter streiken. Die Belegschaft von Schubert u. Salzer ist darauf zurückzuführen, daß einige Abteilungen in den Streit einbezogen waren und die anderen Streikbrecherarbeit leisten sollten. Jeder, der sich weigert, Streikbrecherarbeit zu leisten, wird listlos entlassen. Das war die Ankündigung der Direktion, und darauf hat die Belegschaft die Antwort gegeben. Die Gesamtzahl der Streikenden in Sachsen beläuft sich daher jetzt auf circa 25000.

Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen zwecks Verbindlichkeitsklärung des Manteltarifes statt. Es ist jedoch zu keiner Einigung gekommen. Auch wenn die Verbindlichkeitsklärung des Manteltarifes ausgesetzt wird, geht der Streit der Metallarbeiter weiter, weil die Lohnfrage nicht geregelt ist. Nach einer Erklärung der Volkspartei sollen die Verhandlungen zwecks Regelung des Lohnes mit dem Arbeitgeberverband gestern abend begonnen haben.

Heute tritt in Chemnitz der Gesamtverband Sächsischer Metallarbeiter zu einer Tagung zusammen, um zur Situation und zur Ausperrung aller sächsischen Metallarbeiter Stellung zu nehmen.

Nach der Vorgabe der Industriellen in den bisherigen Wirtschaftskämpfen ist unbedingt mit der Ausperrung der sächsischen Metallarbeiter in den nächsten Tagen zu rechnen. Die bisherigen Kämpfe haben auch gezeigt, daß immer dort, wo die Industriellen die Ausperrung angedroht haben oder zur Ausperrung übergingen, die Gewerkschaftsführer zurückwichen und die Arbeiter zur Niederlage führten. Auch den sächsischen Metallarbeitern droht diese Niederlage, wenn sie nicht selbst endlich eine andere Kampfweise einschlagen. Alle sächsischen Metallbetriebe müssen sofort in den Kampf einbezogen werden. Auf breiter Front muß es, die Unternehmer ansprengten, um einen mittelfrühen Schlag zu führen.

Die Anweisungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes gingen dahin, in Chemnitz und Leipzig je 6000 Metallarbeiter in den Kampf zu ziehen. Wenn in Chemnitz 13000 streiken, so nur deshalb, weil die Arbeiter in den Betrieben mit dem Herausgehen einzelner Abteilungen nicht einverstanden waren und entgegen des ihnen angeordneten Teilstreiks einen Vollstreik beschloßen und durchgeführt haben.

Soll gegenüber der drohenden Ausperrung und gegenüber der drohenden Verbindlichkeitsklärung sowohl des Schiedsgerichts als auch des kommenden Schiedsgerichts im Lohnstreit die Metallarbeiterschaft untätig bleiben?

Streik auf der gesamten Front,

das kann nur die einzige Antwort sein. In allen Betrieben müssen Funktionärsvorstellungen und Betriebsversammlungen zur Situation Stellung nehmen und Streikbeschlüsse fassen. Delegationen müssen zur Ortsverwaltung gelandt werden, die vom DVB die Genehmigung für den Streit erzwingt. Die Entschiedenheit des Sachwertes, die in der gestrigen Arbeiterstimme veröffentlicht wurde, muß als Grundlage für die Diskussion in allen Betrieben genommen werden.

Die Vorbereitung dieser Lohnbewegung durch die sozialdemokratischen Verhandlungsführer zeigt wieder einmal ihre Niederlagenstrategie mit aller Deutlichkeit. Kennzeichnend für ihre Taktik ist die Tatsache, daß der Vorstand des DVB den einzelnen Ortsverwaltungen aufgegeben hat, nur bestimmte Teile der Arbeiter in den Streit zu führen. Nach den Mitteilungen der Reformisten in den einzelnen Generalversammlungen wenden sie diese Taktik deshalb an, um durch den Teilstreit einen Druck auf die Schlichtungsverhandlungen auszuüben. In Wirklichkeit liegen die Dinge natürlich so, daß sie glauben, bei der Verbindlichkeitsklärung — mit der sie rechnen — den Teilstreit leichter abbrechen zu können, als dies bei einem Streik der gesamten Metallarbeiterschaft der Fall wäre. Eine Leipziger Funktionärsvorstellung der Metallarbeiter forderte nämlich die Aufnahme des Kampfes auch für Leipzig. Demgegenüber erklärte der Bevollmächtigte Schäfer im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der DAV, daß die Ortsverwaltung beschlossen habe, in Leipzig „Gewehr bei Fuß“ zu stehen.

Die Unternehmer haben für heute eine Sitzung anberaumt, in der sie den Streit der Arbeiter mit der Generalausperrung der gesamten sächsischen Metallarbeiter beant-

worten wollen. Wir haben also hier wieder das alte Spiel. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer müßten bei der Empörung, die die gesamte Arbeiterklasse gegen die Schiedsgerichtsprozesse und die Verbindlichkeitsklärung — gegen das gesamte Schlichtungsorgan überhaupt — erregt, so tun, als wenn sie ernsthaft gegen die völlig ungenügenden Schiedsgerichte ankämpfen. Dazu kommt noch, daß sie jetzt vor den Wahlen zum Reichstag und zu den Landesparlamenten genötigt sind, im Interesse der sozialdemokratischen Wahlpropaganda etwas zahlreichere Töne anzuschlagen. Sie wollen also bei den Arbeitern den Eindruck erwecken, als wenn sie tatsächlich kämpfen. Sie holen einen Teil der Arbeiter aus den Betrieben heraus, um vielleicht noch zu dem unannehmbaren Schiedsgericht einige Zugewandene zu erhalten und dann bei der Verbindlichkeitsklärung den Arbeitern zu sagen: Jetzt muß der Kampf beendet werden, der hohe Reichsarbeitsminister hat wieder seine Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen. Wir haben zwar nicht alle

unserer Forderungen durchgesetzt, aber morgen ist auch noch ein Tag, wie die Metallarbeiterschaft bei der Betrachtung des Schiedsgerichtsentwurfs schrieb. Demgegenüber steht jetzt, daß morgen die Metallarbeiter zwar wieder kämpfen müssen, aber ebenso die Schlichtungsmaßnahme morgen wieder bereinigt wird, um die kämpfenden Metallarbeiter mit Hilfe der sozialdemokratischen Verhandlungsführer niederzuschlagen. Die Unternehmer dagegen werden ihre in den letzten Kämpfen erprobte Methode der Generalausperrung wieder an, weil sie aus Erfahrung wissen, daß die Verhandlungsführung auf unter dieser Drohung der Verbindlichkeitsklärung fügen und den Kampf abbrechen wird.

Diesem Spiel mit den Lebensinteressen der Metallarbeiter müssen die kampferprobten sächsischen Metallarbeiter ein Ende bereiten. Die Erfahrungen der letzten Kämpfe haben gezeigt, daß nur durch Kampf auf breiter Front in geschlossener Front die Metallarbeiter ihre Forderungen durchsetzen können. Darum muß durch den Massensturm der sächsischen Metallarbeiter auf die Verhandlungsführer die Kampfaufnahme aller Metallarbeiter in ganz Sachsen erzwungen werden. In allen Betrieben, die noch arbeiten, müssen die Kollegen die Einbeziehung in den Kampf fordern.

Max Hoelsz

gegen die Unmenschlichkeit-Heuchelei der SPD

Von dem Genossen Max Hoelsz erhalten wir durch den Landtagsabgeordneten Goltz folgendes Schreiben:

„Der Vorwärts vom 3. April veröffentlicht den Bericht Crispians an die 2. Internationale über die Lage der politischen Gefangenen in Deutschland. Dieser Bericht stellt den Gipfel aller Heuchelei dar. Crispian schreibt: Erst nachdem Holz verhaftet war, wurde eine Auslosung erlassen, wonach 50 000 Mann Freilassung demjenigen zugesichert wurden, der belastendes Material gegen Holz beibringen konnte. Ein Vorgang ohne Beispiel.“

Ja, allerdings ein ganz beispielloser Vorgang, der selbst im faschistischen Italien, in Ostirien-Lingarn und in den Balkanländern nicht seinesgleichen hat. Niemals in der ganzen Welt hat ein bürgerlicher Vorgesetzter es fertig gebracht, was allein dem sozialdemokratischen Richter vorbehalten blieb.

Der sozialistische Polizeipräsident Richter legte 50 000 Mann Freilassung aus für die kassierten Auslagen, die zu einer Verurteilung führen sollten — und auch geführt haben.

Der Sozialdemokrat Richter dankte für 50 000 Reichsteuergeldchen meinelidige Zeugen, die den Kommunisten Holz belasten mußten. Und heute, nach sieben Jahren, erklärt ausgerechnet der Renegat Crispian diese ungeheuerliche Tatsache als einen „beispiellosen Vorgang“. Derselbe Crispian, der 1921 mit hohem Grinsen meiner Verurteilung bewohnte. Nie werde ich dieses jynische, schadenfrohe Gesicht vergessen.

Derselbe Crispian schrieb nach meiner Verurteilung in der unabhängigen Freiheit, ich sei ein geistig degenerierter Mordbrenner. Unter einem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ober, unter sozialdemokratischen Ministern wurde ich durch von dem sozialistischen Polizeipräsidenten Richter gefaßte Zeugen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Der spätere sozialdemokratische Reichsminister Kadbruch fertigte dieses ungeheure Urteil nicht, und der Sozialdemokrat Hellmann erklärte damals jynisch im Reichstagen Landtag, „Hoelsz dürfe nicht freigelassen werden, da er ein gemeiner Verbrecher sei“, und heute machen die Crispiane und Hellmänner, als wenn sie die Unmenschlichkeit wollten. Heute erklären sie schamlos, von insgesamt 97 Gefangenen seien 69 begnadigt, das ist ein ausgewählter Schwundel. Hier in Sonnenburg sitzen noch kommunistische Gefangene aus dem Kapp-Putsch (Heinrich v. Widmann u. a.), sitzen noch Gefangene von 1921 (Jurek, Hoelsz u. a.). Allein hier in Sonnenburg sitzen noch 23 gefangene Kommunisten. In den anderen Kerker sitzen noch Hundert von Genossen.

Wir eingekerkerten Kommunisten sind Schwurzeugen dafür, daß in der Hauptsache die SPD verantwortlich ist für die Schandurteile gegen uns. Die SPD hat gehalten, uns hinter Kerkermauern zu bringen. In dieser Schande hat sie eine noch größere Schande hinzugefügt, sie hat die Unmenschlichkeit der profitorientierten politischen Gefangenen zu Fall gebracht.

Zuchthaus Sonnenburg, den 3. April 1928.

Max Hoelsz.“

Unerhörter Anschlag auf die Kriegsbeschädigten

Die Kriegsoffer sollen die Kriegslasten zahlen — Raub der Kriegsgelder

Berlin. Wie die Welt am Abend erfährt, wird im Reichsfinanzministerium eine große Nachuntersuchung aller Kriegsbeschädigten durch die Versorgungsämter vorbereitet, um einen umfassenden Abbau der unterstützungsberechtigten Kriegsbeschädigten vorzunehmen. Die Lasten der Kriegsbeschädigten-Fürsorge sollen um einige hundert Millionen Mark herabgesetzt werden. Die Nachuntersuchung dient dazu, jynel Prozent an Beschädigung abzuschreiben, bis 20 Prozent erreicht sind. Dann gibt es im günstigsten Falle eine kleine Kapitalabfindung oder auch nichts. Die Angelegenheit ist in Fluß gekommen durch

Verprechungen, die vom Finanzminister Köhler mit den Führern aller künftigen Koalitionsparteien einschließlich der SPD etageleitet worden sind. Die Parteien waren sich darüber einig, daß die Kriegsbeschädigtenrenten als ein noch nicht ausgeschöpftes Referat für die Erparung von einigen hundert Millionen im Etat sind.

Dieser unerhörte Raubzug auf die Renten der Kriegsoffer soll erfolgen, um für die laubenden Damesoldaten noch einen Betrag von 300 Millionen Mark herauszuschlagen für das laufende Damesjahr müssen bekanntlich 2,5 Milliarden Mark aufgebracht werden. Die volle Jahreszahlung für den Haushalt beträgt schon 2,2 Milliarden. Die restlichen 700 Millionen sollen jetzt durch Rentenabzüge eingebracht werden. Die Kriegsbeschädigten müssen, wenn die Untersuchungen stattfinden, daß die Kerze gezwungen sind, die Renten zu fügen.

Die Kriegsbeschädigtenrenten betragen jetzt 1,7 Milliarden. Daran sind die Kriegsbeschädigtenmannschaften mit 485 Millionen Mark beteiligt. Die übrigen 1,2 Milliarden entfallen auf die Offiziere und Hinterbliebenen. Von den rund 500 Millionen für Kriegsbeschädigte will man jetzt die Hälfte streichen.

In diesem Streich gegen die Kriegsbeschädigten ist auch die SPD beteiligt. Kriegsbeschädigte, jetzt auf dem Posten. Wartet den Angriff ab.

KPD-Metallarbeiter Groß-Dresdens

Sonnabend 10 Uhr findet im Brandenburger Hof
Berliner, Ecke Peterstraße

eine
Volksversammlung aller KPD-Metallarbeiter
Groß-Dresdens

statt. Da der größte Teil der Betriebe Sonnabend nicht
arbeitet und 4 Betriebe streiken, ist die Sitzung für vor-
mittags 10 Uhr festgesetzt. Erscheinen ist Parteipflicht.

KPD-Bezugsleitung